Humanistische Union

Hohe Verbindlichkeit von Patientenverfügungen gefordert

KNA-Meldung vom 27.02.2007

Berlin - ...Wer die Wirksamkeit von Patiententestamenten auf die unmittelbare Sterbephase beschränke, entwerte das Recht auf Selbstbestimmung der Patienten, kritisierte die Bundesvorsitzende der Humanistischen Union, Rosemarie Will, am Dienstag in Berlin. Sie sprach sich zudem dafür aus, die Sterbehilfe auch im Strafgesetzbuch zu regeln, um Ärzten, Angehörigen und Patienten mehr Rechtssicherheit zu geben.

...Eine offene Diskussion aller Fragen, die sich aus der «Normierung medizinischer Behandlung in Grenzbereichen des Lebens» ergeben, forderte Ralf Fücks von der Heinrich-Böll-Stiftung. Die bestehenden Regelungen reichten nicht mehr aus, bemängelte auch er. Neben rechtlichen Regelungen forderte er ein verbessertes Gesundheitssystem. Patienten dürften am Ende ihres Lebens nicht mit ihren Ängsten allein gelassen werden.

...Der Bonner Jurist Torsten Verrel meinte, die gegenwärtige unsichere Rechtslage werde auch instrumentalisiert, um Ärzte, Pfleger und Patienten unter Druck zu setzen. Kaum jemand wisse noch, wo die erlaubte passive Sterbehilfe aufhöre und die verbotene aktive Sterbehilfe beginne. Die Furcht vor Strafverfolgung, so der Direktor des Kriminologischen Seminars an der Universität Bonn, behindere die Respektierung des Patientenwillens und eine wirksame Leidenslinderung. Ausdrücklich wandte er sich gegen die Zulassung aktiver Sterbehilfe. Es müsse aber in Deutschland Schluss damit sein, eine eng begrenzte Sterbehilfe mit dem Euthanasieprogramm der Nazis zu vergleichen.

---

https://www.humanistische-union.de/pressemeldungen/hohe-verbindlichkeit-von-patientenverfuegungen-gefordert/
Abgerufen am: 06.11.2026